



Presseschau vom 06.10.2019

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*.

Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondentT* und die Online-Zeitung *Timer* aus Odessa ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondentT* und *Timer*) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

vormittags:

de.sputniknews.com: **Nach Erdogans Militärplänen für Nordsyrien: SDF droht Türkei mit „totalem Krieg“**

Der Sprecher des oppositionellen arabisch-kurdischen Militärbündnisses „Demokratische Kräfte Syriens“ (Syrian Democratic Forces, SDF), Mustafa Bali, hat die Türkei vor einem Militäreinsatz im Norden Syriens gewarnt und mit einem „totalen Krieg“ gedroht, falls Ankara einen unprovzierten Angriff wagen sollte.

„Die SDF bekennen sich zum Rahmen des Sicherheitsmechanismus und unternehmen notwendige Schritte, um die Stabilität in der Region aufrecht zu erhalten. Allerdings werden wir jeglichen unprovzierten Angriff der Türkei ohne zu zögern in einen totalen Krieg an der gesamten Grenze verwandeln, um uns und unser Volk zu schützen“, schrieb er auf Twitter. Zuvor hatte der türkische Staatspräsident, Recep Tayyip Erdogan, bekanntgegeben, die Türkei habe notwendige Vorbereitungsmaßnahmen ergriffen und könne „vielleicht heute oder morgen“ die Entscheidung treffen, einen Militäreinsatz östlich des Euphrat in Nordsyrien einzuleiten. Diese Militäroperation solle auf die Schaffung einer Sicherheitszone abzielen sowie darauf, dass die syrisch-kurdischen Volksverteidigungseinheiten (YPG) die syrischen Grenzgebiete verlassen. In Nordsyrien sollten die sich derzeit in der Türkei aufhaltenden syrischen Flüchtlinge untergebracht werden.

Außerdem forderte Erdogan die Vereinigten Staaten dazu auf, auf die Unterstützung der syrisch-kurdischen Volksverteidigungseinheiten zu verzichten.

Pentagon-Sprecher Sean Robertson warnte Ankara jedoch vor Alleingängen, indem er äußerte, jeglicher unkoordinierter Militäreinsatz der Türkei in Syrien würde Washington große

Sorgen bereiten.

Im August hatten die Vereinigten Staaten und die Türkei die Schaffung einer Sicherheitszone im Norden Syriens vereinbart. Die Gesprächsparteien haben sich über ein Koordinierungszentrum für gemeinsame Operationen geeinigt. Später verkündete Erdogan, Ankara werde eine Operation gegen die kurdischen Einheiten, die die Gebiete kontrollieren, auch selbständig einleiten, sollten die USA weiterhin die Gestaltung der Sicherheitszone hinauszögern.

Damaskus wies die US-türkischen Vereinbarungen deutlich zurück und bezeichnete sie als einen krassen Verstoß gegen die Souveränität und die territoriale Integrität Syriens sowie gegen die Völkerrechtsnormen.

Die kurdischen Militäreinheiten stehen offiziell nicht im Kriegszustand mit der Syrischen Armee, sie führen Militäroperationen gegen Terrormilizen durch. Die syrische Regierung hält jedoch die Aktivitäten der SDF für illegitim und stuft die SDF-Kämpfer als Separatisten ein.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images//32581/62/325816242.jpg>

Telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK: Am 5. Oktober wurde ein Feuerangriff von Seiten der BFU registriert – auf Logwinowo mit einem 120mm-Mörser und Granatwerfern.

de.sputniknews.com: „**No more Trump**“: **Maduro fordert Dollar-freie Welt**

Nikolas Maduro hat sich für ein globales Finanzsystem stark gemacht, in dem es weder Handelskriege noch Sanktionen gibt. Dafür müsste man sich, so der venezolanische Präsident, von der Dominanz des amerikanischen Dollar, der seit Jahrzehnten wichtigsten Leit- und Reservewährung der Welt sei, befreien.

In einer Ansprache zog Maduro über seinen US-Amtskollegen Donald Trump her:

„Die kriminelle Nutzung des Dollar, der Zölle und der Sanktionen durch Donald Trump wird über kurz oder lang dazu führen, dass die Menschheit sich vom Dollar trennen und ein neues monetäres und Finanzsystem aufbauen wird“, erklärte Maduro am Samstag nach einem Treffen mit einer russischen Regierungsdelegation in Caracas.

Dieses künftige Finanzsystem „wird uns frei machen“, und vor „Erpressung durch den Imperialismus, der der Herr des Dollars ist“, schützen, sagte der venezolanische Staatschef.

„Schluss mit Sanktionen, Schluss mit Handelskriegen, no more Trump“, so Maduro.

Die Beziehungen zwischen seiner Regierung und den USA sind nach dem versuchten Umsturz in Venezuela Anfang dieses Jahres schwer belastet. Die Vereinigten Staaten unterstützen den venezolanischen Oppositionsführer Juan Guaidó, der sich im Januar zum Präsidenten erklärt hatte. Die USA verhängten Sanktionen gegen Venezuela, die der

Wirtschaft des krisengebeutelten südamerikanischen Landes und vor allem seiner Ölindustrie hart zusetzen.

In dieser Woche hatte auch der russische Präsident Wladimir Putin den USA vorgeworfen, ihre Nationalwährung als „politische Waffe“ einzusetzen und so das Vertrauen in den Dollar schwinden zu lassen. Maduro hatte in der vorigen Woche Moskau besucht und mit Putin gesprochen.

dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feueinstellung für den Zeitraum vom 5. Oktober 3:00 Uhr bis 6. Oktober 3:00 Uhr

Die Vertretung der Donezker Volksrepublik im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: In den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der Verletzungen des Regimes der Feueinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine 13. Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen ... (es folgt eine genaue Auflistung der Waffensysteme und Geschosse; Anm. d. Übers.).

In der Beschusszone von Seiten der BFU befanden sich die folgenden Bezirke/Ortschaften: **Gorlowka (Siedlung des Bergwerks 6/7), Kaschtanowoje, Alexandrowka, Dokutschajewsk, Jasnoje, Leninskoje, Kominternowo, Sachanka.**

Infolge des Beschusses von Seiten der BFU auf Gorlowka wurden folgende Häuser beschädigt:

- Alfawitnyj-Gasse 1 / 2 (Fensterverglasung);
- Straße des 40. Jahrestags des Oktober 43, Wohnung 2 (Fensterverglasung);
- Artilleristen-Straße 83 (ein Fenster herausgeschlagen).

Außerdem entstanden durch Beschuss von Seiten der BFU auf Kominternowo Brände an zwei Wohnhäusern: Achmatowa-Straße 28 und 30.

Opfer unter der Zivilbevölkerung wurden bis jetzt nicht festgestellt

Die Gesamtzahl der von den BFU abgefeuerten Geschosse beträgt 149.

Wir erinnern daran, dass die Zahl der Geschosse mit einem Kaliber bis 12,7mm nicht in die Gesamtstatistik im täglichen Bericht eingeht.

In den vorangegangenen 24 Stunden betrug die Zahl der auf das Territorium der DVR abgefeuerten Geschosse 352.

Ab 01:01 Uhr am 21. Juli 2019 trat gemäß einer von der Minsker Kontaktgruppe erreichten Vereinbarung eine erneuerte Verpflichtung zur Einhaltung eines allumfassenden, bedingungslosen, nachhaltigen und unbefristeten Regimes der Feueinstellung in Kraft.

de.sputniknews.com: „Russland wird niemals unser Freund sein“ – Ex-US-Botschafterin bei Uno

Die Vereinigten Staaten werden laut der ehemaligen US-Botschafterin bei der Uno Nikki Haley niemals Russland vertrauen können. Diese Auffassung vertrat sie bei einer Veranstaltung der Unternehmerorganisation Long Island Association.

„Russland wird nie unser Freund sein“, sagte Haley am Freitag (Ortszeit). „Wir können Russland unter keinen Umständen vertrauen“, wird sie von der Zeitung „Newsday“ zitiert. Haley, die von ihrem Posten in der Regierung Trump im Dezember 2018 zurückgetreten war, warf Moskau vor, angeblich „Chaos und Spaltung“ in anderen Ländern zu verursachen und sich unter anderem auch in die US-Präsidentschaftswahl 2016 eingemischt zu haben. Allerdings würden andere Länder dasselbe tun, betonte sie: „Ja, sie haben sich in unsere Wahlen eingemischt. Wir wissen das, aber wir sehen andere Länder, die das auch tun“, sagte Haley.

Allerdings müssten die Vereinigten Staaten die Kommunikation mit Russland offen halten, hob Haley hervor.

Im April hatte das US-Justizministerium eine Neufassung des Abschlussberichts des

Sonderermittlers Robert Mueller zu den „Russlands-Ermittlungen“ veröffentlicht. Der Bericht wirft Russland vor, sich in die US-Präsidentschaftswahl 2016 über soziale Netzwerke und durch Hackerangriffe eingemischt zu haben. Es habe jedoch keine Absprachen zwischen dem Wahlkampfteam von Trump und Russland gegeben, heißt es im Bericht. Die Frage, ob US-Präsident Donald Trump versucht habe, die Justiz des Landes zu behindern, könne nicht eindeutig beantwortet werden, hieß es.

Moskau hat derartige Vorwürfe mehrmals als haltlos zurückgewiesen.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images//32581/65/325816539.jpg>

nachmittags:

de.sputniknews.com: **Ankara verlegt Fahrzeuge und Soldaten an türkisch-syrischer Grenze**

Nach der Ankündigung einer baldigen militärischen Offensive in Nordsyrien hat die Türkei an der türkisch-syrischen Grenze Truppen bewegt. Die staatliche Nachrichtenagentur Anadolu berichtete in der Nacht auf Sonntag von neun Transportern mit Militärfahrzeugen sowie einem Bus mit Soldaten, die den südosttürkischen Grenzort Akcakale erreicht hätten.

Sie seien aus der Provinzhauptstadt Sanliurfa gekommen, teilte die Agentur Anadolu mit. Dort hatte die Türkei im März ein Kommandozentrum für die lange geplante Offensive eingeweiht. Präsident Recep Tayyip Erdogan hatte am Samstag vor Parteimitgliedern in Ankara angekündigt, die Türkei stehe kurz vor einem Militäreinsatz in Syrien, der "sowohl aus der Luft als auch mit Bodentruppen" ausgefochten werde. Der Einsatz könne "heute oder morgen" beginnen. Erdogan hatte die Offensive zuerst im Dezember 2018 angekündigt und die Drohung seitdem mehrfach wiederholt.

Ziel einer Offensive wären kurdische Milizen östlich des Flusses Euphrat, die an der türkisch-syrischen Grenze Gebiete kontrollieren. Die Türkei betrachtet die YPG-Milizen als Ableger der verbotenen kurdischen Arbeiterpartei PKK und damit als Terroristen. Sie fordert in Nordsyrien seit langem eine Zone unter ihrer alleinigen Kontrolle.

Dorthin will Präsident Erdogan auch Millionen syrische Flüchtlinge umsiedeln, die derzeit in der Türkei und in Europa leben. Bei einem Besuch von Innenminister Horst Seehofer (CSU) und EU-Migrationskommissar Dimitris Avramopoulos in Ankara am Donnerstag und Freitag hatte unter anderem Vizepräsident Fuat Oktay Unterstützung für die Zone gefordert.

Im August hatten die USA zugesagt, der Türkei bei der Einrichtung der gewünschten "Sicherheitszone" zu helfen, auch, um den Angriff auf die YPG zu verhindern. Die ist ein wichtiger Verbündeter der USA im Kampf gegen die Terrormiliz IS. Eine von Erdogan gesetzte Frist für die Fertigstellung der Zone war Ende September verstrichen.

armiyadnr.su: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Leitung der Volksmiliz der DVR zur Lage am 06.10.2019**

In den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Kämpfer **13-mal das Feuer auf Gebiete von Ortschaften der Republik eröffnet.**

In **Richtung Gorlowka** haben Kämpfer Poljakows aus der 53. Brigade das Gebiet der **Siedlung des Bergwerks 6/7** in Gorlowka mit 82mm-Mörsern, großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen beschossen, dabei wurden drei Wohnhäuser in der Alfawitnyj-Gasse 1 / 2, der Straße des 40. Jahrestags der Oktober 43 sowie der Artilleristen-Straße 83 beschädigt.

In **Richtung Donezk** haben Kämpfer der 92. und 28. Brigade auf Befehl der Kriegsverbrecher Kokorjew und Martschenko die Gebiete von **Kaschtanowoje** und **Alexandrowka** mit Schützenpanzerwaffen, großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen beschossen.

In **Richtung Mariupol** haben Strafsoldaten der 35. Brigade des Verbrechers Palas **Dokutschajewsk** und **Jasnoje** mit großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen beschossen, die Kämpfer Gnatows aus der 36. Brigade haben das Feuer mit Panzern, Schützenpanzerwaffen, Abwehrgeschützen, Antipanzergrenatwerfern, großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen auf **Sachanka, Leninskoje** und **Kominternowo** eröffnet.

Infolge des Beschusses auf Kominternowo entstanden Brände an zwei privaten Häusern in der Achmatowa-Straße 28 und 30.

Zur Korrektur des Feuers und um maximalen Schaden anzurichten, hat der Gegner während des verbrecherischen Beschusses auf Objekte der zivilen Infrastruktur weiterhin Drohnen verwendet. Gestern haben unsere Verteidiger **eine weitere Drohne des Typs „Mavic“ vernichtet**, die die Kämpfer der 36. Brigade zur Feuerleitung beim Beschuss von Kominternowo einsetzten, bei dem zwei private Häuser beschädigt wurden. Die Trümmer der Drohne stellen wir Ihnen hier vor.

Insgesamt wurden in den letzten 24 Stunden von Seiten der BFU 149 verschiedene Geschosse auf das Territorium der Republik abgefeuert.

Seit Beginn des heutigen Tages haben die Strafsoldaten Palas‘ aus der 35. und Gnatows aus der 36. Brigade den Beschuss unserer Republik fortgesetzt und das Feuer mit 82- und 120mm-Mörsern, Antipanzergrenatwerfern, großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen auf **Kominternowo** und **Belaja Kamenka** eröffnet.

Alle Informationen werden mit Fotos und Videomaterialien an die Generalstaatsanwaltschaft übergeben, um Strafverfahren gegen die Brigadekommandeure der BFU Poljakow, Kokotjew, Martschenko und Palas aufzunehmen.

Die bewaffneten Formationen erleiden weiter nicht kampfbedingte Verluste. Mit jedem Tag greifen immer mehr Soldaten zur Selbstverletzung, um den Dienst in der Zone der Besatzungskräfte zu entkommen.

So hat der Kämpfer der 36. Brigade, der Matrose Bogdanow, sich ins Bein geschossen, als er sich auf einem Beobachtungspunkt im Gebiet von Gnutowo befand. Traditionsgemäß wurde dieser nicht kampfbedingte Verlust gegenüber dem übergeordneten Stab als kampfbedingte Verletzung durch Beschuss dargestellt.

Das Kommando der Besatzungskräfte sabotiert weiter den Friedensprozess durch Vergrößerung der Intensität des Beschusses des Territoriums unserer Republik und durch die Beschuldigung der Volksmiliz der DVR, dass sie die Situation an der Kontaktlinie verschärfe, wobei käufliche Massenmedien wie „Gesellschaftliches Fernsehen“, „ICTV“, „Fakty“, Fernseh- und Radiosender „Ukraina“ herangezogen werden.

Außerdem haben wir Aktivitäten von nationalistischen Organisationen bemerkt, die sich in die künstliche Anheizung von Kundgebungsaktivitäten auf dem von den bewaffneten Formationen besetzten Territorien eingeschaltet haben. Bemerkenswert ist, dass alle traurigen Versuche, Kundgebungen gegen die Erfüllung der Formel „Steinmeier“ zu organisieren voll

und ganz gescheitert sind, die mit Bussen angefahrenen Nationalisten fanden keine Unterstützung und den Einwohnern, in einer Reihe von Ortschaften mussten sie sich trotz der bewaffneten Wachen durch Flucht retten.

Im Lichte der letzten Ereignisse stellte Selenskij bei einem Treffen mit Militärs dem Vorsitzenden des SBU Bakonow und dem Innenminister Awakow die Aufgabe, die Situation in den Bezirken Solotoje und Petrowskoje, wo die Trennung von Kräften und Mitteln geplant ist, unter Kontrolle zu nehmen, um zu verhindern, dass die nationalistischen Formationen „Ajdar“, „Donbass“, „Asow“, „Bars“, „Rechter Sektor“, die erklärt haben, die Positionen nach dem Abzug der BFU zu besetzen, in die genannten Bezirke kommen.

Im Zusammenhang mit der **Weigerung der Kämpfer der 35. Brigade, die Befehle des Kommandos zur Ausführung der Trennung von Kräften und Mitteln auszuführen**, sowie mit der Demonstration offener Nichtunterordnung hat der Verteidigungsminister der Ukraine Sagorodjuk dem Kommandeur der Besatzungskräfte Krawtschenko befohlen, in kürzester Frist den außer Kontrolle geratenen Verband gegen die 128. Brigade auszutauschen, deren Kommando ein Karrieresprung für eine qualitativ hochwertige Ausführung der Befehle versprochen wurde.

Das Kommando der Volksmiliz seinerseits erklärt, dass die Einheiten der Volksmiliz der Donezker Volksrepublik die Maßnahmen, die auf eine möglichst schnelle Realisierung des Trennungsplans, der von der Rahmenvereinbarung der Kontaktgruppe vom 21. September 2016 über die Trennung von Kräften und Mitteln im Gebiet von Petrowskoje vorgesehen ist, durchführen werden.

Rusvesna.su: „Unerhörte arrogante Provokation“ - Inhaftierung einer Abgeordneten der Staatsduma in den Vereinigten Staaten

Leonid Slutski, Vorsitzender des Ausschusses für internationale Angelegenheiten der Staatsduma, bezeichnete die Inhaftierung und das Verhör der Abgeordneten der Staatsduma, Inga Jumaschewa, als Fortsetzung des diplomatischen Krieges, den die Staaten gegen Russland entfesselt haben.

Wie Rusvesna berichtete, kam Jumaschewa in die Vereinigten Staaten, um am Fort Ross-Dialogforum teilzunehmen.

„Die Inhaftierung und das Verhör der Abgeordneten der Staatsduma, Inga Jumaschewa, am New Yorker Flughafen durch das FBI ist eine beispiellose Provokation.

„Die USA, die 2016 einen diplomatischen Krieg begonnen haben, verhalten sich weiterhin niederträchtig und gegen alle Regeln“, sagte Slutski.

Er erinnerte daran, dass Inga Albertowna Mitglied des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten ist und wie alle Abgeordneten einen Diplomatenpass besitzt.

„Aus diesem Grund halte ich die stundenlange Inhaftierung von Jumaschewa durch FBI-Beamte für absolut rechtswidrig. Die russische Botschaft in den Vereinigten Staaten hat bereits einen Protestbrief geschickt. Wir erwarten von den amerikanischen Behörden Reaktionen und Erklärungen“, fügte er hinzu.

Senator Franz Klinzewitsch äußerte sich zu dieser Situation: In einem Gespräch mit der Publikation „Wsgljad“ nannte er den Vorfall eine Beleidigung Russlands.

„Dies ist eine Beleidigung für das Land, eine Beleidigung für eine Abgeordnete, ein Versuch, uns einzuschüchtern und der ganzen Welt zu zeigen, dass sie die Situation beherrschen. Dies schließt auch die Situation mit dem Verbot russischer Vertreter bei der UN-Generalversammlung ein. Das sind Glieder einer Kette.“

„In den USA haben sie beschlossen, die Meister des Lebens zu sein und trotzig das zu tun, was sie wollen. Und es ist ihnen egal, wer vor ihnen steht: nur ein Tourist oder ein Beamter. Aber für eine solche Provokation müssen amerikanische Beamte Klarheit schaffen und Verantwortung tragen. Ansonsten muss unsererseits entsprechend reagiert werden. Man kann es einfach auf sich beruhen lassen“, fügte er hinzu. Er erklärte jedoch sofort, dass es nicht

notwendig sei, US-Bürger an russischen Flughäfen festzuhalten.



https://rusvesna.su/sites/default/files/styles/orign_wm/public/fbr_1.jpg

Lug-info.com: **Die Volksmiliz der LVR beging den 5. Jahrestag ihrer Gründung** mit einer Militärparade, einer Ausstellung von Waffen und Technik sowie Vorführung in dem heute bei Lugansk eröffneten Park „Patriot“.

An der Parade nahmen 1018 Mann, 68 Stück Kampftechnik und 63 Stück Spezialtechnik teil. Die Parade nahm der oberste Kommandeur, das Republikoberhaupt Leonid Pasetschnik ab. Pasetschnik verlieh der Volksmiliz die Ehrenbezeichnung als Gardetruppenverband.



[http://img.lug-info.com/cache/0/b/\(316\)_5.jpg/w620h420wm.jpg](http://img.lug-info.com/cache/0/b/(316)_5.jpg/w620h420wm.jpg)

de.sputniknews.com: **Ukraine-Affäre: US-Energieminister wollte Amerikaner im Vorstand von Naftogas – Medien**

US-Energieminister Rick Perry soll ukrainische Beamte dazu angeregt haben, US-Bürger in die Führung des staatlichen Energiekonzerns Naftogas aufzunehmen. Dies berichtete die Zeitschrift „Politico“ unter Verweis auf ihre mit der Materie vertrauten Quellen.

Demnach wurden unter anderem auch zwei Energiemanager in Betracht gezogen, die in Perrys Heimatstaat Texas ansässig sind. Dies seien Robert Bensch, ein Ölmanager aus Houston, der derzeit bei Pelicourt LLC tätig ist, sowie Michael Bleyzer, Leiter einer Private-Equity-Firma mit Sitz in Houston, gewesen.

Konkret habe Perry darauf bestanden, den Aufsichtsrat von Naftogas zu erweitern – ein

dreiköpfiges Gebilde, zu dem nun Amos Hochstein gehört, ein ehemaliger Berater von Joe Biden und Beamter des Außenministeriums, der derzeit für das US-amerikanische Flüssiggasunternehmen Tellurian arbeitet. Die beiden anderen Mitglieder seien Bruno Lescoeur, ehemaliger Exekutivdirektor für internationale Angelegenheiten beim französischen Energieunternehmen Engie, und Clare Spottiswoode, Direktorin des Londoner Beratungsunternehmens Gas Strategies.

Perry habe Naftogas helfen wollen, seine Abhängigkeit von Energielieferungen aus Russland zu verringern und sich für mehr Investitionen aus den USA zu öffnen.

Darüber hinaus habe Perry Druck auf den ukrainischen Präsidenten, Wladimir Selenski (Wolodymyr Selenskyj), ausgeübt, damit er die Korruptionsbekämpfung intensiviere, so die Zeitschrift. Allerdings gebe es keine Hinweise darauf, dass der Energieminister ukrainische Beamte ausdrücklich aufgefordert habe, Ermittlungen gegen den ehemaligen Vizepräsidenten Joe Biden und seinen Sohn Hunter einzuleiten. Dennoch habe Perry eine aktive Rolle bei den Bemühungen der Administration Trump gespielt, die Entscheidungen der neu gewählten Regierung von Präsident Selenski zu beeinflussen.

Zuvor veröffentlichte das Weiße Haus eine Mitschrift des Telefonats zwischen Trump und Selenski. Aus dem Dokument geht hervor, dass Trump Selenski aufforderte, Ermittlungen zu den Umständen der Entlassung des ehemaligen Generalstaatsanwalts der Ukraine, Viktor Schokin, einzuleiten, der die Tätigkeiten des Gasunternehmens Burisma Group untersucht hatte. Der Sohn von Joe Biden, Hunter, war einst als Vorstandsmitglied der Burisma Group beschäftigt. Zudem bat Trump auch, zur Tätigkeit von Hunter Biden zu ermitteln. Joe Biden gilt als der aussichtsreichste Herausforderer von Trump bei der Präsidentschaftswahl 2020. Die Abgeordneten der Demokratischen Partei in dem US-Unterhaus hatten ein Amtsenthebungsverfahren eingeleitet. Sie werfen Trump vor, Hilfe eines fremden Staates zur Verleumdung seines politischen Rivalen, und dementsprechend eine Einmischung in die US-Wahlen beantragt zu haben.

Armiyadnr.su: Außerordentliche Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR

Der Feind unterlässt die Versuche nicht, die Situation an der Kontaktlinie durch Verstärkung des Beschusses des Territoriums unserer Republik zu destabilisieren, und verletzt dabei grob die Minsker Vereinbarungen. Dabei wählen die unkontrollierten ukrainischen Straftruppen immer öfter zivile Infrastruktur und Häuser friedlicher Einwohner als Ziele.

Um 11:30 Uhr und 12:25 Uhr haben Kämpfer aus der 28. Brigade auf Befehl des Kriegsverbrechers Martschenko das Gebiet von **Staromichajlowka** mit Schützenpanzerwaffen, Antipanzergrenatwerfern, großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen beschossen.

Infolge des Beschusses wurden Schäden an fünf Häusern festgestellt: Schewtschenko-Straße 18, 30, 38a, 41, 43 sowie am Kindergarten Nr. 48 in der Kalinin-Straße 5a.

Um 12:35 Uhr haben Kämpfer aus der 35. Brigade auf Befehl des Kriegsverbrechers Poljakow das Feuer auf die **Siedlung des Gagarin-Bergwerks** mit Schützenpanzerwaffen, großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen eröffnet.

Als Folge des Beschusses wurden Schäden an zwei Häusern in der Stoshka-Straße 139/7 und der Artilleristen-Straße 83 festgestellt.

Informationen über Opfer unter der Zivilbevölkerung und Zerstörungen werden noch ermittelt.

Die Handlungen der ukrainischen Besatzer werden nicht unbestraft bleiben, für jeden Beschuss des Territoriums unserer Republik wird der Feind die verdiente Strafe erhalten. Diese Fälle von Beschüssen unserer Republik bewerten wir als Akte der Aggression und rufen die OSZE-Mission auf, das Kommando des Stabs der OOS zu zwingen, die wütenden Kämpfer unter Kontrolle zu nehmen.

de.sputniknews.com: „Keine Kapitulation!“, Gegner der „Steinmeier“-Formel protestieren in Ukraine

In der Ukraine finden am heutigen Sonntag landesweit Proteste gegen die sogenannte „Steinmeier“-Formel über den Sonderstatus des Donbass statt. In Kiew versammelten sich auf dem Maidan-Platz etwa 10.000 Gegner des Abkommens.

Die Protestierenden in Kiew begaben sich vom Maidan-Platz in Richtung des Präsidentenbüros. Sie warnen den ukrainischen Staatschef Wladimir Selenski, bei der Regelung des Konflikts im Osten des Landes eine „rote Linie“ zu überschreiten.

Einige Demonstranten halten Plakate mit der Aufschrift „Keine Kapitulation!“ hoch. Die ukrainische Opposition befürchtet, dass die Unterzeichnung der „Steinmeier-Formel ein viel zu großes Zugeständnis an Russland sei.

Proteste gab es insgesamt in mehr als 20 Städten, darunter auch in Lwiw, Odessa, Mariupol und Dnibr. ...



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images//32581/80/325818017.jpg>

abends:

Armiyadnr.su: **Außerordentliche Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR**

Die bewaffneten Formationen der Ukraine unterlassen die Versuche nicht, die Situation im Donbass zu destabilisieren. Die unkontrollierten Strafruppen Gnatows aus der 36. Brigade beschießen weiter zielgerichtet Wohngebiete unserer Republik.

Heute um 15:30 Uhr und um 18:30 Uhr haben Kämpfer der 36. Brigade **Kominternowo** mit Abwehrgeschützen, Schützenpanzerwaffen, automatischen Granatwerfern, großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen beschossen. **Unter Beschuss gerieten Filmteams des Informationszentrums „Iswestija“ und des Pressedienstes der Volksmiliz der DVR**, die in diesem Gebiet waren, um die Zerstörungen der Häuser in der Achmatowa-Straße 28 und 30 festzuhalten.

Dank der professionellen Handlungen unserer Verteidiger wurden die Filmteams erfolgreich aus der Beschusszone evakuiert, daher konnten Opfer vermieden werden.

Wir bemerken eine **Verstärkung der Intensität des Feuers auf Objekte der zivilen Infrastruktur** unserer Republik.

In den letzten 24 Stunden wurden in der Folge von verbrecherischem Beschuss von Seiten der ukrainischen Kämpfer acht Häuser beschädigt. Insgesamt wurden in der letzten Woche von den Strafruppen 17 Häuser ziviler Einwohner zerstört oder beschädigt und zwei Bürger der Republik verletzt.

Die Ausweglosigkeit bei der Notwendigkeit der Umsetzung der Trennung von Kräften und Mitteln in den Trennungsbezirken im Lichte der vollständig fehlenden Vorbereitung dazu zwingt das Kommando der OOS, den Beschuss entlang der Kontaktlinie zu aktivieren und so zu versuchen, uns zur Erwidern des Feuers zu provozieren, um uns dann der Sabotage der Trennung zu beschuldigen.

Diese Sachverhalte sind unbestreitbare Beweise einer **zielgerichteten Sabotage der Friedensinitiativen Selenskijs durch die ukrainischen Kämpfer**, die auf dem Weg der Sabotage des Prozesses der Trennung von Kräften und Mitteln entlang der gesamten Kontaktlinie sind.

Die Handlungen der ukrainischen Besatzer werden nicht unbestraft bleiben, für jeden Beschuss des Territoriums unserer Republik wird der Feind die verdiente Strafe erhalten. Diese Fälle von Beschüssen unserer Republik bewerten wir als Akte der Aggression und rufen die OSZE-Mission auf, das Kommando des Stabs der OOS zu zwingen, die wütenden Kämpfer unter Kontrolle zu nehmen.

Armijadnr.su: **Außerordentliche Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR**

Der Feind unterlässt die Versuche, die Situation an der Kontaktlinie durch Vergrößerung der Intensität der Beschüsse des Territoriums unserer Republik zu destabilisieren, nicht und verletzt dabei grob die Minsker Vereinbarungen. Dabei wählen die unkontrollierten ukrainischen Straftruppen immer öfter zivile Infrastruktur und Häuser friedlicher Einwohner als Ziele.

Um 19:45 Uhr haben Kämpfer Gnatows aus der 36. Brigade den Beschuss von **Kominternowo** mit Antipanzergrenatwerfern, Schützenpanzerwaffen, großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen wieder aufgenommen.

Infolge des Beschusses entstand ein Brand an zwei privaten Häusern in der Achmatowa-Straße 32 und der Korolew-Straße. Die vor Ort eingetroffenen Feuerwehmannschaften können nicht mit der Lokalisierung des Brandes beginnen, weil der Beschuss anhält.

Um 20:30 Uhr haben Kämpfer der 28. Brigade auf Befehl des Kriegsverbrechers Martschenko das Gebiet von **Staromichajlowka** mit 120mm-Mörsern, Schützenpanzerwaffen, großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen beschossen und um 20:35 Uhr das Feuer auf die **Siedlung des Trudowskaja-Bergwerks** eröffnet.

Informationen über Opfer und Zerstörungen werden noch ermittelt.

Die Handlungen der ukrainischen Besatzer werden nicht unbestraft bleiben, für jeden Beschuss des Territoriums unserer Republik wird der Feind die verdiente Strafe erhalten. Diese Fälle von Beschüssen unserer Republik bewerten wir als Akte der Aggression und rufen die OSZE-Mission auf, das Kommando des Stabs der OOS zu zwingen, die wütenden Kämpfer unter Kontrolle zu nehmen.